

SAMIR AMIN

## Die politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts

### *Die »belle époque« des Kapitals*

Die Stimmung am Ende des 20. Jahrhunderts gleicht erstaunlicherweise in vielem der an seinem Anfang – es gibt wieder eine Art »belle époque«; insbesondere für das Kapital. Die Kapitalisten aus den Kernländern der »Triade« (EU, USA und Japan) schwelgen in ihrem Triumph. Die Arbeiterklasse in den Zentren des Weltwirtschaftssystems ist nicht länger jene Gefahr für das System, die sie während des 19. Jahrhunderts war, und dem Rest der Welt bleibt ohnehin nur noch übrig, die »zivilisierende Mission« des Westens zu akzeptieren.

Die »belle époque« krönte gewissermaßen einst eine Ära radikaler Umwälzungen, während der sich im Zuge der ersten industriellen Revolution der moderne Nationalstaat und das Bürgertum im Nordwesten Europas herausgebildet hat, um von dort aus den Rest des Kontinents sowie Nordamerika und Japan zu erobern. Die Regionen, die bereits früher lediglich an der Peripherie des merkantilistischen Zeitalters lagen – Lateinamerika, Britisch und Niederländisch Indien –, blieben von dieser »doppelten Revolution« ausgeschlossen, während die alten asiatischen Reiche (China, das Ottomanische Imperium und Persien) als neue Peripherien in den seither anhaltenden Globalisierungsprozeß einbezogen wurden. Schließlich fand der Triumph der Metropolen und des sich von dort aus globalisierenden Kapitals seinen Ausdruck in einer demographischen Explosion, die den Anteil Europas an der Weltbevölkerung von 23 (1800) auf 36 Prozent (1900) steigerte. Die Beschränkung der industriellen Revolution auf die Triaden-Ökonomien hat eine bis dahin ungekannte weltweite Polarisierung des Reichtums hervorgebracht. Am Vorabend der industriellen Revolution betrug der Unterschied in der Produktivität innerhalb einer Gruppe von Nationen, die etwa drei Viertel der Weltbevölkerung umfaßte, nie mehr als zwei zu eins. Im 19. Jahrhundert verschob sich diese Relation auf zwanzig zu eins.

Eine neue Globalisierungswelle, die schon um 1900 als »Ende der Geschichte« gefeiert wurde, entstand dann in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit der »Öffnung« Chinas und des Ottomanischen Reiches (1840), mit der Niederschlagung der Sepoys in Indien (1857) und der Aufteilung Afrikas (ab 1885). Sie hat den Prozeß der Kapitalakkumulation jedoch kaum beschleunigt. Vielmehr hat sie in die strukturelle Krise von 1873 bis 1896 geführt; ein Szenario, das sich eigentümlicherweise ziemlich genau hundert Jahre später wiederholt hat. Diese erste Globalisierungskrise wurde jedoch von einer

Samir Amin – Jg. 1931; Prof. für Wirtschaftswissenschaften, war Ende der fünfziger Jahre Mitarbeiter der Behörde für ökonomische Entwicklung in Ägypten, später Regierungsberater in Mali und Direktor des Afrikanischen Instituts für ökonomische Entwicklung und Planung, er leitet gegenwärtig das Afrika-Büro des Dritte-Welt-Forums in Dakar (Senegal).

»... die Geschichte der kapitalistischen Expansion ist nicht nur die der »Entwicklung«, die sie veranlaßt hat. Es ist auch die Geschichte der wilden Zerstörungen, auf denen sie selbst fußt. Der Kapitalismus hat einen destruktiven Aspekt, der bei den Anpreisungen dieses Systems meist unterschlagen wird.«  
Samir Amin: Das Reich des Chaos. Der neue Vormarsch der Ersten Welt, Hamburg 1992, S. 67.

neuen Phase der industriellen Revolution (die produktive Nutzung der Elektrizität, des Erdöls, die Erfindung des Automobils und des Flugzeugs) begleitet, von der erwartet wurde, daß sie die Lebensbedingungen der Menschheit grundlegend umwälzen würde; das ähnelt wiederum auffällig der gegenwärtigen Epoche, wo von der Elektronik das gleiche erwartet wird. Parallelen finden sich auch in bezug auf die ersten Industrie- und Finanzoligopole, die nichts anderes als die »global players« jener Ära darstellen. Auf dem Finanzsektor zeichnete sich damals zudem die Globalisierung der Währungsbeziehung in Form des Gold-Sterling-Standards ab und auch die Eröffnung neuer Börsenplätze löste eine ähnliche Spekulationshysterie wie heutzutage aus. Schließlich ließ Jules Verne (in einem natürlich in Englisch verfaßten Roman) seinen Held in 80 Tagen die Welt umrunden. Für ihn war das globale Dorf bereits Realität.

Die politische Ökonomie des 19. Jahrhunderts wurde beherrscht von den Gestalten der großen Klassiker (Adam Smith, David Ricardo und deren herausragenden Kritiker Karl Marx). Der Triumph der Globalisierung am Ende des Jahrhunderts brachte nun eine neue Generation von Theoretikern hervor, die vor allem zu beweisen versuchten, daß der Kapitalismus »unüberwindlich« sei, weil er das letzte Wort einer ewigen, universellen Rationalität darstelle. Léon Walras avancierte zu einer zentralen Figur dieser Generation und es ist sicherlich kein Zufall, daß er gerade von heutigen Ökonomen »wiederentdeckt« wird. Aber genau so wenig wie es Walras seiner Zeit – trotz größter Anstrengungen – gelungen war zu beweisen, daß Märkte selbstregulierende Systeme darstellen, genau so kläglich scheitern die neuzeitlichen Neoklassiker an dieser Aufgabe.

Die heute alles beherrschende liberale Ideologie interpretiert Gesellschaft als eine Ansammlung von Individuen und behauptet von dieser reduktionistischen Position aus, daß das von Märkten hergestellte Gleichgewicht sowohl ein Maximum an sozialer Gleichheit schafft, als auch Stabilität und Demokratie garantiert. Nichts bleibt unversucht, um die Analyse der realen kapitalistischen Widersprüche durch die Theorie eines idealisierten Kapitalismus zu ersetzen. Seinen Ausgangspunkt hatte dieses vulgäre wirtschaftstheoretische Konstrukt in Lehrbüchern aus der Feder von Alfred Marshall, die damals die »Bibel« der Globalisierungsökonomien abgaben. Die dort offenbarten Verheißungen eines globalisierten Liberalismus schießen dann auch – für eine Weile jedenfalls – Wirklichkeit zu werden; in jener »belle époque«.

Nach 1896 setzte auf der Grundlage der zweiten industriellen Revolution erneut Wirtschaftswachstum ein, Oligopole entstanden, die internationalen Finanzmärkte boomten. Der damalige »Aufbruch aus der Krise« begeisterte nicht nur überzeugte Ideologen des Kapitals, er veranlaßte auch verschiedene politische Parteien, ihre systemkritischen Ansätze aufzugeben und auf eine Umlaufbahn als bloße Mitgestalter des Systems einzuschwenken. Dieser Wandel ähnelt in vielem dem, den die Sozialdemokratie unter Tony Blair und Gerhard Schröder heute, ein Jahrhundert später, erneut vorführt. Und die modernistischen Eliten in der Peripherie können sich inzwischen auch nichts mehr vorstellen, das außerhalb kapitalistischer Entwicklungslogik liegt.

»... die Sozialdemokratie hat den ... doppelten Konsens akzeptiert, auf dem die westliche Gesellschaft beruht: Regelung des politischen Systems durch pluralistische Wahl; Regelung des ökonomischen Systems durch kapitalistisches Privateigentum und Markt. Damit hat sie die Hegemonie des Kapitals nicht in Frage gestellt, sondern sie nur durch eine gewisse soziale Macht der Arbeitenden gemäßigt. (...) Die objektiv notwendige fortschrittliche Evolution würde erfordern, daß der gegenwärtige historische Kompromiß durch eine wirkliche Hegemonie der Welt der Arbeit ersetzt wird. Das verlangt mit Notwendigkeit, die Systeme des Eigentums an den Hauptproduktionsmitteln und der ökonomischen Entscheidungsfindung in den Unternehmen sowie ... die technokratische Sicht auf die Lenkung der Gesellschaft in Frage zu stellen ...«  
Samir Amin: Das Reich des Chaos. Der neue Vormarsch der Ersten Welt, Hamburg 1992, S. 20f.

Die »belle époque« war dann allerdings bereits nach weniger als zwanzig Jahren wieder zu Ende. Einige Dinosaurier vom Schlage Lenins (der damals noch sehr jung war) hatten dies vorausgesehen, aber sie fanden kein Gehör. Mit Liberalismus, der gleichbedeutend ist mit der uneingeschränkten Herrschaft des Kapitals, konnte nicht einer der Systemwidersprüche merklich reduziert werden. Immer mehr zeichnete sich daher das Hervortreten neuer Bewegungen aus den Reihen der fragmentierten, illusionär-prokapitalistischen Arbeiterparteien und Gewerkschaften ab.

Die liberale Globalisierung konnte schließlich nur zu einem Resultat führen: zur Militarisierung der Beziehungen zwischen den imperialistischen Mächten und sie führte folglich direkt in einen Krieg, der in seinen heißen und kalten Varianten etwa dreißig Jahre (von 1914 bis 1945) andauern sollte. Hinter der scheinbaren Ruhe der »belle époque« wuchsen seit längerem auch außerhalb Europas soziale Spannungen, nationale wie internationale Konflikte bildeten sich heraus. In China ergriff eine erste Generation von Kritikern kapitalistischer Modernisierung die Macht. Deren grundsätzliche Kapitalismuskritik hat bis heute Nachwirkungen in Indien, in der ottomanischen und arabischen Welt genauso wie in Lateinamerika. Sie hat diese drei Regionen erobert und dort die intellektuelle Szenerie über drei Viertel des 20. Jahrhunderts beherrscht.

Mehr als sieben Jahrzehnte unseres Jahrhunderts waren geprägt von mehr oder weniger radikalen Projekten zur Transformation der weltwirtschaftlich peripheren Regionen, durch Projekte, die erst durch die Zurückweisung der illusorischen liberalen Globalisierung der »belle époque« möglich wurden. Das zu Ende gehende Jahrhundert war daher ein Jahrhundert scharfer Konflikte zwischen den herrschenden Protagonisten (Unternehmen wie Staaten) eines globalisierten oligopolistischen Kapitalismus und den Völkern und sozialen Klassen, die eine derartige Diktatur der Ökonomie ablehnen.

#### *Der moderne Dreißigjährige Krieg (1914 – 1945)*

Die Jahre von 1914 bis 1945 waren einerseits gekennzeichnet durch den »Dreißigjährigen Krieg« um das Erbe britischer Hegemonie, der zwischen Deutschland und den USA ausgetragen wurde, und andererseits durch einen Versuch »nachholender Entwicklung mit anderen Mitteln«, das heißt durch die Errichtung des Sozialismus in der Sowjetunion.

In den Hauptländern des Kapitals versuchten sowohl Sieger als auch Besiegte des Krieges zwischen 1914 und 1918 – allen Widrigkeiten zum Trotz – die Illusion des globalisierten Liberalismus neu zu beleben. Deshalb wurde eine Rückkehr zum Goldstandard initiiert; die Kolonialimperien wurden gewaltsam aufrecht erhalten; die wirtschaftliche Liberalisierung wurde wieder forciert. Stimuliert durch die wirtschaftliche Dynamik in den USA, die vor allem durch die Einführung des Fließbandes und der Großserienproduktion gefördert wurde, schien für eine kurze Zeit alles gut zu gehen. Aber die Erholung erwies sich als prekär und als 1929 die Große Depression hereinbrach, kollabierte faktisch die gesamte Weltwirtschaft. Die folgende Dekade war ein einziger Alptraum. Die wichtigsten Wirtschaftsmächte reagierten ähnlich wie in den achtziger und neunziger

Jahren des 20. Jahrhunderts mit deflationistischen Strategien, die die Krise lediglich verschärfen und eine Abwärtsspirale auslösen und vor allem die Massenarbeitslosigkeit weiter vergrößern. Für die Opfer war dies um so schlimmer, als damals sozialstaatliche Sicherungssysteme kaum existierten. Die imperialistischen Mächte rivalisierten weiter um Kolonialreiche und Einflußzonen, was schließlich fast unvermeidlich im Zweiten Weltkrieg enden mußte.

Die westlichen Gesellschaften reagierten höchst unterschiedlich auf diese wirtschaftliche Katastrophe am Ende der zwanziger Jahre. Einige versanken im Faschismus, um (wie Deutschland, Japan und Italien) auf diese Weise eine Veränderung der globalen Machtverhältnisse zu ihren Gunsten zu erzwingen. Die USA und Frankreich waren da eher eine Ausnahme. Mit Roosevelts New Deal und der Front Populaire in Frankreich wurde versucht, durch eine aktive staatliche Wirtschaftspolitik (mit Unterstützung der Arbeiterklasse) aus der Krise herauszukommen. Dieses Modell hat sich allerdings erst nach 1945 voll entfaltet.

An der Peripherie löste der Zusammenbruch der »belle époque« eine Radikalisierung des antiimperialistischen Kampfes aus. In einigen lateinamerikanischen Ländern, die vor allem von ihrer nationalstaatlichen Unabhängigkeit profitierten, entwickelten sich verschiedene Formen eines populistischen Nationalismus – in Mexiko wurden die Traditionen der Bauernrevolution von 1910 bis 1920 wiederbelebt, in Argentinien setzte sich in den vierziger Jahren der Peronismus durch. Dieser fand im Osten seine Entsprechung im türkischen Kemalismus, während in China seit der Revolution von 1911 ein Bürgerkrieg zwischen der Kuo Min Tang und den Kommunisten tobte. In anderen Regionen verzögerte das noch immer bestehende Kolonialregime die Herausbildung ähnlicher national-populistischer Bewegungen um einige Jahrzehnte.

Abgeschnitten vom Rest der Welt versuchte die Sowjetunion einen neuartigen Entwicklungsweg einzuschlagen. Während dort in den zwanziger Jahren noch die Hoffnung auf Unterstützung durch die Weltrevolution gehegt wurde, konzentrierten sich schließlich alle Anstrengungen auf die Stalinschen Fünfjahrpläne, mit denen man die bereits verlorene Zeit wettmachen wollte. Die Leninsche Parole vom Sozialismus als »Sowjetmacht plus Elektrifizierung« orientierte zwar bereits auf eine neue industrielle Revolution, in der Elektrizität und Elektronik Kohle und Stahl verdrängen sollten, erwies sich aber in der Realität als nicht durchsetzbar. Das Festhalten am traditionellen Entwicklungsmuster (an Kohle und Stahl) gewann schließlich die Oberhand gegenüber den Sowjets, die ihres eigentlichen Inhalts beraubt, als bloße Hüllen fortexistierten.

Im Kern bildete sich ein despotischer Staat heraus, der sich ungeachtet seiner sozial-populistischen Politik allein einer zentral geplanten Akkumulation verschrieben hatte – das verwundert allerdings kaum, denn auch die deutsche Einheit oder die japanische Modernisierung waren nicht in erster Linie das Werk von Demokraten. Das sowjetische System erwies sich jedoch nur solange als effizient, wie es allein um die Beschleunigung der Akkumulation und den Aufbau eines militärischen Potentials ging, das selbst die kapitalistischen Hauptländer in Schach zu halten vermochte, was erstmals mit dem

Sieg über Hitler-Deutschland und später mit der Brechung des Atombombenmonopols und mit der Erlangung strategischer Parität bei ballistischen Nuklearraketen eindrucksvoll unter Beweis gestellt wurde.

*Vom Wachstumstaumel in die Krise (1945 – 1970)*

Mit dem Zweiten Weltkrieg begann eine neue Epoche des Weltsystems. Das hohe Wachstum der Nachkriegszeit beruhte auf dem Zusammentreffen von drei sozialen Großprojekten – dem Projekt der Schaffung nationaler Wohlfahrtsstaaten im Westen, dem »Bandung«-Projekt der Herausbildung nationalistisch-populistischer Systeme an der Peripherie und dem sowjetsozialistischen Projekt eines »Kapitalismus ohne Kapitalisten«, wobei letzteres sich in relativer Isolation vom Rest des Weltsystems entwickelte. Der doppelte Sieg – die Zerschlagung des Faschismus und des Kolonialismus – schuf in der Tat günstige Bedingungen insbesondere für die Arbeiterklasse, ein gewisses Maß an Kontrolle über den kapitalistischen Akkumulationsprozeß zurückzugewinnen und gleichzeitig eine Phase beschleunigten Wachstums einzuleiten.

Die folgende (zwischen 1968 und 1975 beginnende) Krise glich eher einer schleichenden Erosion, denn einem Kollaps des Systems, wie er noch Ende der zwanziger Jahre aufgetreten war. Diese Periode, die bis in die Gegenwart reicht, geht daher nicht mit der Erschaffung einer »neuen Weltordnung« einher, wie sie nur all zu oft bereits verkündet wurde, sondern mit einer fortschreitenden Chaotisierung der Verhältnisse. Die unter diesen Bedingungen angewandten politischen Konzepte sind kaum dazu geeignet, eine neue Epoche kapitalistischer Prosperität einzuleiten, sie beschränken sich lediglich auf eine Art Krisenmanagement. Und sie können auch nicht mehr sein, solange die spontanen Konvulsionen des Kapitals nicht in ein kohärentes System sozialer Regulation zurückgebunden werden – solange sich die Illusion hält, daß die Welt durch etwas sinnvoll gelenkt werden könnte, was als »Markt« bezeichnet wird, hinter dem sich jedoch allein die Dominanz kurzfristiger Kapitalverwertungsinteressen verbirgt.

Gegenwärtig endet eine Periode, in der relativ stabile kapitalistische Reproduktions- und Akkumulationsregimes einander ablösen. Die Chaotisierung der Verhältnisse steht auf der Tagesordnung. Dies kontrastiert auffällig mit der Nachkriegszeit, in der die relative Gleichförmigkeit kapitalistischer Entwicklung auf einer Stabilisierung sowohl der inneren als auch der äußeren Entwicklungsbedingungen beruhte. In solchen Zeiträumen lassen sich historische Subjekte leicht und präzise abgrenzen (soziale Klassen, Staaten, Parteien, gesellschaftliche Organisationen). Ihr Verhalten unterliegt festen Regeln und ist daher berechenbar; die jeweils herrschenden Ideologien sind weitgehend unangefochten. Es können zwar auch konjunkturelle Schwankungen auftreten, aber die soziale Grundstruktur bleibt stabil. Prognosen scheinen nicht nur möglich, sondern auch einfach zu sein. Gefährlich wird es nur, wenn der Prognosezeitraum sich zu weit in die Zukunft erstreckt und de facto unterstellt wird, daß es ewig so weiter geht – als sei das »Ende der Geschichte« erreicht. Die Analyse jener Widersprüche, die die Stabilität der Strukturen sukzessive unterminieren, wird dann durch etwas ersetzt, das zu Recht

»Für die Länder der Dritten und Vierten Welt, die echten Peripherien und die von der kapitalistischen Expansion ruinierten Gesellschaften, wird, wenn im Rahmen des Kapitalismus eine den materiellen Bedürfnissen aller sozialen Schichten der Nation entsprechende Entwicklung nicht möglich ist, die Untersuchung der alternativen Option einer anderen Entwicklung ohne Unterwerfung unter die globalen Zwänge dringlich. Das ist der Sinn des Ausdrucks ›Entkoppelung‹. Die Entkoppelung ist kein Rezept, sondern die prinzipielle Entscheidung, die Rationalitätskriterien der inneren ökonomischen Entscheidung von denen zu entkoppeln, die das Weltsystem regieren, d.h. sich vom Zwang des mundialisierten Werts dadurch zu befreien, daß man statt seiner ein Wertesetz von national-populärer Tragweite wirken läßt.«  
Samir Amin: Das Reich des Chaos. Der neue Vormarsch der Ersten Welt, Hamburg 1992, S. 79.

»Von Anfang an muß erkannt werden, daß die Probleme, die die Völker der Welt zu klären haben, von Region zu Region verschieden sind; das Welt-system muß also den Völkern einen Autonomieraum belassen, so daß sie ihre Interessen fördern können; die »allgemeine Interdependenz« und dieses legitime Streben nach Autonomie müssen in Einklang gebracht werden ... (...) Der Polyzentrismus bedeutet für die Länder des Ostens und Südens das Bestreben von entkoppelten Entwicklungspolitiken in dem Sinn, den ich diesem Konzept beilege (die Unterordnung der Außenbeziehungen unter die Erfordernisse des inneren Fortschritts, statt der Umkehrung, die das Wesen der einseitigen Anpassung durch den Markt ausmacht).«  
 Samir Amin: Das Reich des Chaos. Der neue Vormarsch der Ersten Welt, Hamburg 1992, S. 86.

als »große Erzählungen« bezeichnet wird. In ihnen wird der Augenblick im Namen »unumstößlicher Gesetze der Geschichte« in alle Ewigkeit verlängert. Die wahren Subjekte der Geschichte verschwinden und an ihre Stelle tritt eine vermeintlich objektive strukturelle Entwicklungslogik.

Die erwähnten Widersprüche verrichten jedoch trotzdem ihr Werk in aller Stille, bis eines Tages die vermeintlich stabilen Strukturen kollabieren. Die Geschichte tritt dann in eine Periode ein, die später als »Übergangsphase« interpretiert werden wird. Erlebt wird sie jedoch – während sie abläuft – als Wende ins Unbekannte und als Phase der Herausbildung neuer sozialer Kräfte. Diese Kräfte und Bewegungen wachsen zunächst langsam, während sie mühsam durch »Versuch und Irrtum« Erfahrungen sammeln. Indem sie neue Diskurse provozieren, erlangen sie schließlich gesellschaftliche Legitimation. Erst wenn der Prozeß gesellschaftlicher Wandlungen zur Formierung neuer sozialer Strukturen geführt hat, kann von der Entstehung eines »posttransitorischen« Systems gesprochen werden.

Die langanhaltende Wachstumsphase ermöglichte nach dem Krieg überall in der Welt bedeutende wirtschaftliche, politische und soziale Veränderungen, die vor allem das Ergebnis von Regulativen waren, die durch die werktätigen Klassen und Schichten gegen das Kapital durchgesetzt wurden. Daß sie Ergebnis ungehinderter kapitalistischer Expansion seien, ist ein Mythos, der nimmermüde durch die Ideologien des Kapitals verbreitet wird. Diese Umwälzungen waren zudem so beträchtlich, daß sie bis in die Gegenwart fortwirken und heute jene Rahmenbedingungen prägen, unter denen die Menschheit die Schwelle zum 21. Jahrhundert überschreiten wird.

Über eine lange Zeit – beginnend mit der industriellen Revolution am Anfang des 19. Jahrhunderts über die dreißiger (in bezug auf die Sowjetunion) bis (vor allem hinsichtlich der Dritten Welt) zu den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts – war der Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie hauptsächlich ein Gegensatz zwischen industrialisierten und nicht industrialisierten Ländern. Die Aufstände in der Peripherie – gleich ob dies sozialistische Revolutionen (in Rußland oder China) oder nationale Befreiungsbewegungen waren – versuchten, diese »alte« Polarisierung durch die Einleitung eines Modernisierungsprozesses zu überwinden, ohne dabei jedoch jene Achse zu zerbrechen, über die sich das kapitalistische Weltssystem seit jeher reproduziert. Den Kern der globalen Definitionsmacht der »Triaden«-Staaten bilden noch immer »fünf Monopole«: die Kontrolle über den technologischen Fortschritt, die Beherrschung der globalen Finanzströme (über Banken, Versicherungsgesellschaften und Pensionsfonds), die Verfügung über die natürlichen Ressourcen des Planeten, die Dominanz im Bereich der Medien und der Kommunikationsnetzwerke sowie ihr gewaltiges Arsenal an Massenvernichtungswaffen.

Zusammengenommen bestimmen diese fünf Monopole nach wie vor den Rahmen, in dem das Wertgesetz auf globaler Ebene funktioniert. Dieses Wertgesetz ist keineswegs nur Ausdruck »reiner Ökonomie«, jenseits von sozialen oder politischen Faktoren. Es ist vielmehr gerade konzentrierter Ausdruck der Totalität aller Umstände, die den Grad der Industrialisierung in der Peripherie beschränken,

den Wert der dort hergestellten Güter senken, während die in den transnationalen Unternehmen geschaffenen Wertanteile (zugunsten der Metropolen) überhöht werden. Daraus resultiert eine weltweite Einkommensverteilung, die mehr denn je ungleich ist und die die Gesellschaften in der Peripherie in ihrem Status als subalterne Extraktionsökonomien reproduziert. Auf dieser Basis wird die Polarisierung – vielleicht in modifizierter Form – auch zukünftig fort dauern.

Während der »Bandung-Periode« hatten die Staaten der Dritten Welt damit begonnene eigenständige Entwicklungsanstrengungen zu unternehmen, mit deren Hilfe diese Polarisierung verringert – das heißt »aufgeholt« – werden sollte. Das machte sowohl nationale Regulationssysteme als auch ständige, kollektive (Nord-Süd)Verhandlungen zur Errichtung internationaler Steuerungssysteme (vor allem im Rahmen der UNCTAD) erforderlich. Damit verbunden war außerdem die allmähliche Reduzierung von wenig produktiven Aktivitäten und ihre Ersetzung durch moderne mit höherer Produktivität, auch dann, wenn diese modernen Beschäftigungsformen auf dem Weltmarkt zunächst nicht konkurrenzfähig waren.

Der eher bescheidene und ungleich verteilte Erfolg dieser Politik (von einem Fehlschlag kann keineswegs gesprochen werden, auch wenn dies überall so kolportiert wird) hat eine Dritte Welt entstehen lassen, die sich momentan gerade mitten in der industriellen Revolution befindet.

Diese ungleiche kapitalistisch-orientierte und von Eliten aus den Reihen der nationalen Befreiungsbewegung ins Werk gesetzte Industrialisierung hat eine Differenzierung in der Peripherie hervorgebracht zwischen jener »sich entwickelnden Peripherie«, der es gelungen ist, Industrien aufzubauen, die potentiell konkurrenzfähig sind im globalisierten Kapitalismus und jener »marginalisierten Peripherie«, die dies nicht erreichen konnte. Die Merkmale, nach denen zwischen diesen beiden Gruppen unterschieden werden kann, beziehen sich keineswegs nur auf ihre Konkurrenzposition, sondern auch auf den Bereich der Politik.

Die politischen Führungskräfte in den sich eher dynamisch entwickelnden Ländern der Peripherie – und mit ihnen die gesamte Gesellschaft (was innergesellschaftliche Widersprüche nicht ausschließt) – verfolgen ein Projekt und eine Strategie für dessen Umsetzung. Das trifft besonders deutlich auf China und Korea sowie, mit Abstrichen, auf einige andere Staaten in Südostasien, auf Indien und einige Länder Lateinamerikas zu. Diese Projekte stehen in scharfem Gegensatz zu den imperialistischen Bestrebungen der Metropolen – der Ausgang dieses Konflikts wird die Welt von morgen wesentlich prägen. Die Länder der marginalisierten Peripherie haben weder ein Projekt (auch wenn die Rhetorik vor allem des politischen Islams das Gegenteil behauptet) noch eine eigenständige Strategie. In diesen Fällen »denken« imperialistische Kreise für die einheimischen Eliten und entwerfen »Projekte« für diese Regionen (wie zum Beispiel bei den an die EU assoziierten AKP-Staaten, beim Nahost-Projekt von Israel und USA oder bei der EU-Strategie gegenüber den südlichen Mittelmeeranrainern). Keines dieser regionalen Projekte bietet eine Chance auf Eigenständigkeit; die daran beteiligten Entwicklungsländer sind passive Teilnehmer der Globalisierung.

»Die Berichte der Weltbank sind ... musterhaft. Ihre Lektüre, die ebenso langweilig wie jene der *Prawda* von vor 15 Jahren, hat somit den Vorteil, daß man von vornherein weiß, was die Bank zu jedem beliebigen alten oder neuen Thema sagen wird. Sie geht nie über die beiden ... ›Forderungen‹ (mehr Markt, weniger Sozialausgaben – d.R.) hinaus, die in Wirklichkeit vorgegebene Dogmen sind. Ideologie verpflichtet; die wirklichen Fragen werden immer von vornherein umgangen. Statt ihrer bietet man eine Menge von ›Daten‹ ..., die keine besondere Bedeutung haben und doch ›etwas aussagen‹ sollen. Dazu läßt man sie – unter Mißbrauch von ökonomischen Modellen, die meist nur hochgestochene Stellvertreter der Dreisatzrechnung sind – das anzeigen, was man angezeigt haben will, um rein ideologischen Behauptungen den Anschein von ›Wissenschaftlichkeit‹ zu geben: Schlichte und einfache Tautologie.«  
Samir Amin: Das Reich des Chaos. Der neue Vormarsch der Ersten Welt, Hamburg 1992, S. 40.

Dieser kurze Überblick über die politische Ökonomie der gravierenden Veränderungen des kapitalistischen Weltsystems im 20. Jahrhundert wäre höchst unzulänglich ohne einen Blick auf die schier unglaubliche demographische Revolution, die sich in dieser Zeit in der Peripherie ereignet hat. In ihrem Ergebnis hat sich der Anteil Asiens (ohne die frühere UdSSR und Japan), Afrikas sowie Lateinamerikas und der Karibik an der Weltbevölkerung von 68 (1900) auf heute 81 Prozent vergrößert.

Die dritte Ländergruppe des Weltsystems, in der während der Nachkriegsära gewöhnlich die »real-sozialistischen« Staaten zusammengefaßt wurden, hat die Bühne der Geschichte verlassen. Dabei war die Existenz des Sowjetsystems, seine Industrialisierungserfolge und seine militärische Präsenz, eine gewaltige Triebkraft der grandiosen Umgestaltungen des 20. Jahrhunderts. Ohne die »Gefahr«, die durch das kommunistische Gegenmodell verkörpert wurde, wäre es der westlichen Sozialdemokratie niemals gelungen, derartige sozialstaatliche Errungenschaften durchzusetzen. Die Existenz der Sowjetunion und der damit verbundene Druck auf die Vereinigten Staaten vergrößerte zudem den Handlungsspielraum der Bourgeoisie in den Ländern des Südens.

Das sowjetische System scheiterte schließlich daran, daß es ihm unmöglich war, eine neue Stufe intensiver Akkumulation zu meistern; daher war es unfähig, die neue »computergetriebene« industrielle Revolution am Ende des 20. Jahrhunderts zu bewältigen. Die Ursachen für dieses Versagen sind komplexer Natur, wobei dem antidemokratischen Charakter des Regimes zweifellos wesentliche Bedeutung zukommt. Dieses Regime war nicht in der Lage, jene fundamental notwendigen Schritte in Richtung auf eine wirklich demokratische Gesellschaft zu gehen, die weit über das hinausschreitet, was unter den Bedingungen kapitalistischer Verhältnisse möglich ist. Sozialismus ist demokratisch oder er ist gar nicht – das ist die wichtigste Lehre aus dem ersten Experiment eines Bruchs mit dem Kapitalismus.

Die Gesellschaftsmodelle und die vorherrschenden wirtschaftlichen wie politischen Theorien, auf die sich sowohl der national zentrierte Sozialstaat im Westen, wie auch das Sowjetsystem im Osten und gleichfalls der Populismus im Süden stützten, mit deren Hilfe sie eine ausgehandelte, kontrollierte Globalisierung zu verwirklichen suchten, gehen insbesondere auf Marx und Keynes zurück, wobei letzterer seine Kritik des Marktes vor allem in den dreißiger Jahren entwickelte, was damals aber kaum zur Kenntnis genommen wurde. Erst die neuartigen gesellschaftlichen Bedingungen der Nachkriegszeit eröffneten durch die Zurückdrängung liberaler Positionen jene Räume, die schließlich die Durchsetzung des Sozialstaats ermöglichten. Demgegenüber blieb die Welt des »real existierenden« Sozialismus vom Marxschen Denken beherrscht. Die Ideen dieser beiden dominierenden Gestalten des 20. Jahrhunderts verloren jedoch in dem Maße an Einfluß, in dem sie für die Rechtfertigung staatlicher Macht mißbraucht wurden. In beiden Fällen gewann eine Tendenz zur Vereinfachung und Dogmatisierung die Oberhand.

Gesellschaftskritisches Denken fand danach – für eine gewisse Zeit in den sechziger und siebziger Jahren – in der Peripherie des Systems eine neue Heimstatt. Hier rief das national-populistische

Entwicklungsmodell, das im Kern eine erbärmliche Version des ›So-wjetismus‹ war, ein wahres Feuerwerk an lebendiger Kritik des »real existierenden Sozialismus« hervor. Im Zentrum dieser Kritik stand vor allem ein neues Verständnis der über eineinhalb Jahrhunderte ignorierten Polarisierungstendenz, die mit der globalen Expansion des Kapitals einhergeht. Mit diesem Aufschwung an kritischer Auseinandersetzung mit Imperialismus und »real existierendem« Sozialismus und jenen Theorien, durch die sie legitimiert wurden, trat die Peripherie erstmals in den Gesichtskreis moderner Gesellschaftskonzeptionen. Das war durchaus mehr als jene bornierte »Dependenztheorie«, auf die diese Denkschule später reduziert wurde, weil sie die Debatte über Sozialismus und den Übergang dahin, aber auch über Marxismus und historischen Materialismus und seine eurozentristischen Beschränktheiten neu eröffnete. Auch wenn diese Denkschule sicherlich für eine gewisse Zeit vom Maoismus stark beeinflusst wurde, so arbeitete sie doch insgesamt wesentliche Ecksteine sowohl einer grundsätzlichen Kritik des ›Sowjetismus‹ als auch der bereits heraufdämmernden neuen Globalisierungswelle heraus.

#### *Die Krise zum Jahrtausendwechsel*

Die Nachkriegsperiode ist längst Geschichte. Gegen Ende der sechziger Jahre beginnend, führte der Kollaps der drei Modelle regulierter Akkumulation in der Nachkriegszeit in eine strukturelle Systemkrise, die in vielem an jene am Ende des 19. Jahrhunderts erinnert – die Wachstums- und Investitionsraten haben sich halbiert, die Arbeitslosigkeit erreicht immer neue Höchstwerte, Armut und Verelendung nehmen dramatisch zu. Die Einkommensungleichheit in der kapitalistischen Welt hat sich gravierend verschärft (von 1 : 20 um 1900 über 1 : 30 (1994/48) auf heute 1 : 60); die reichsten zwanzig Prozent der Weltbevölkerung haben in den letzten zwei Jahrzehnten ihren Anteil am Weltsozialprodukt von 60 auf 80 Prozent vergrößert. Die Globalisierung hat sich offensichtlich nur für wenige als günstig erwiesen. Für die übergroße Mehrheit – vor allem für die Menschen im Süden, denen eine destruktive Strukturanpassungspolitik von außen aufgeherrschte wurde, und jene im Osten, die von der Implosion eines Gesellschaftssystems heimgesucht wurden – war sie eine Katastrophe.

Aber ähnlich wie ihr historischer Vorläufer ist die gegenwärtige strukturelle Krise mit einer technologischen Revolution verbunden, die alle Formen der Arbeitsorganisation umwälzt und die folglich auch neue Formen des Kampfes der Arbeiter wie der Bevölkerung überhaupt erfordert. Die bislang noch fragmentierten neuen sozialen Bewegungen haben noch keine befriedigende Antwort auch die neuen Herausforderungen gefunden, aber es gibt bereits einige wichtige, ermutigende Durchbrüche: der machtvolle Aufschwung der Frauenbewegung und vor allem auch der wachsende Widerstand gegen die Umweltzerstörung, die erstmals die Existenz der Menschheit überhaupt bedroht.

Das bisherige, auf die brutale Neuordnung der Verhältnisse zugunsten des Kapitals zielende Krisenmanagement hat alte liberale Rezepturen wieder salonfähig gemacht. Marx und Keynes wurden aus den herrschenden sozialen Strategien verbannt, und die Theorie-

»Das Weltsystem ist in der Krise. Es handelt sich insofern um eine allgemeine Krise des Akkumulationsmodells, als die meisten sozialen Formationen des Ostens (die vormalig ›sozialistischen‹) und des Südens (Dritte und Vierte Welt) nicht eine erweiterte Reproduktion und teilweise nicht eine einfache Reproduktion (das gilt für die Vierte Welt Afrikas) sichern können.«  
Samir Amin: Das Reich des Chaos. Der neue Vormarsch der Ersten Welt, Hamburg 1992, S. 12.

tiker der »reinen Ökonomie« haben die Analyse der wirklichen Welt durch die eines idealisierten Kapitalismus ersetzt. Dieser zeitweilige Erfolg hochgradig reaktionärer und illusorischer Denkmodelle ist jedoch nichts anderes als ein Symptom des Niedergangs. Aberglaube tritt an die Stelle kritischer Analyse – alles deutet darauf hin, daß es objektiv Zeit wird, diesen Kapitalismus zu überwinden.

Selbst das Krisenmanagement beginnt allmählich zu versagen, denn die jüngsten Krisen in Südostasien und Korea waren durchaus vorhersehbar. In den achtziger Jahren konnten diese Länder (und China) von der krisenhaften Lage der Weltwirtschaft insgesamt vor allem dadurch profitieren, daß sie sich – begünstigt durch ihre Lohnkostenvorteile – verstärkt in den Welthandel integrierten, wodurch sie zunehmend Auslandsinvestitionen anzogen, während sie von der Globalisierung der Finanzmärkte kaum berührt wurden. Das änderte sich in den neunziger Jahren gravierend – Korea und andere südostasiatische Länder öffneten sich der Globalisierung der Finanzmärkte, China und Indien bewegten sich zudem in die gleiche Richtung.

Angelockt durch die hohen Wachstumsraten in der Region, verstärkten sich spekulative Kapitalzuflüsse, die an keinerlei Investitionen in der Realwirtschaft gebunden waren, sondern lediglich inflationäre Entwicklungen auf dem Aktien- und Grundstücksmarkt auslösten. Wie vorauszusehen war, platzte schließlich die spekulative Blase. Die politischen Reaktionen unterschieden sich dann in mancher Hinsicht von denen während der Tequilla-Krise in Mexiko (1994/95). Die Vereinigten Staaten – gefolgt von Japan – ergriffen die sich bietende Gelegenheit und versuchten (unter dem Verdikt, daß staatlich kontrollierte Oligopole für die Krise verantwortlich seien), die Volkswirtschaften dieser Länder wieder der Herrschaft US-amerikanischer und japanischer Oligopole zu unterwerfen. Doch die betroffenen Staaten wehrten sich, vor allem indem sie darauf verwiesen, daß sie Opfer spekulativer Attacken im Gefolge der Globalisierung der Finanzmärkte geworden seien. Ihre Antwort bestand deshalb in der Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen (Malaysia) und insgesamt in einem Rückzug aus dem Globalisierungsprozeß (vor allem China und Indien).

Dies erschütterte die liberalen Weltwirtschaftsvisionen der G 7-Staaten nachhaltig und veranlaßte sie zu einem Kurswechsel. Plötzlich avancierte das Wort »Regulation«, das bis dahin faktisch verboten war, zum Allheilmittel. Überall wurde jetzt gefordert, »die internationalen Kapitalbewegungen zu kontrollieren«, und der Chefökonom der Weltbank, Stiglitz, sprach sogar von einem »Post-Washington-Consensus«.

*Wird das 21. ein »Amerikanisches Jahrhundert«?*

In dieser chaotischen Situation haben die USA wieder einmal die Initiative ergriffen, um ihre weltweite wirtschaftliche politische und militärische Hegemonie abzusichern. Deshalb stellt sich die Frage nach der Zukunft einer US-amerikanischen Hegemonie im 21. Jahrhundert.

Wenn dieser Frage allein anhand solcher Kennziffern wie dem Bruttosozialprodukt pro Kopf oder der Entwicklung der Handelsbilanz nachgegangen werden soll, dann ist offensichtlich, daß die

»Wegen der außerordentlichen demographischen Massen, die hier angetroffen werden, bilden Entwicklung und Fortschritt Chinas und Indiens ein grundlegendes Element der Zukunft des Weltsystems.«  
Samir Amin: Das Reich des Chaos. Der neue Vormarsch der Ersten Welt, Hamburg 1992, S. 46.

Vorherrschaft der USA seit 1945 mit dem Wiedererstarken von Europa und Japan in den sechziger und siebziger Jahren stetig zurückgegangen ist. Die Westeuropäer sehen in der EU ohnehin schon seit längerem die weltweit führende wirtschaftliche Macht. Dies erscheint jedoch als etwas voreilig. Obwohl die Einführung des gemeinsamen europäischen Marktes erfolgreich war und auch die gemeinsame Währung durchaus Erfolgchancen hat, gibt es bis heute keine tatsächliche europäische Wirtschaftsunion, wie sie vergleichsweise in den USA Realität ist. Es gibt bisher keine »europäischen Konzerne«, nur britische, französische oder deutsche. Die Kapitalverflechtung innerhalb Europas ist kaum intensiver als zwischen Europa und den USA oder Japan. Und wenn heute festgestellt werden muß, daß der Globalisierungsprozeß dieser Formierung eines gesamteuropäischen Wirtschaftssystems entgegenwirkt, bedeutet dies, daß es bisher keine, den Globalisierungszwängen überlegenen, Triebkräfte für eine europäische Integration gibt.

Die US-amerikanische Hegemonie ruht indes (neben der Wirtschaft) noch auf einem zweiten Pfeiler – auf dem militärischen Potential, das seit 1945 systematisch ausgebaut wurde und sich heute auf alle Regionen der Welt erstreckt. Früher wurde diesem Hegemonieanspruch durch die Existenz der UdSSR in gewisser Weise noch Einhalt geboten, heute hat sich dies jedoch grundlegend verändert. Die USA sind jetzt dabei, den Globalisierungsprozeß vollständig unter ihre Kontrolle zu bringen – das hat Henry Kissinger bemerkenswert arrogant formuliert: »Globalisierung ist nur eine anderes Wort für US-amerikanische Vorherrschaft«. Die gegenwärtige US-Strategie hat fünf Ziele – die Neutralisierung und Unterordnung der Bestrebungen der anderen »Triaden«-Mächte; die militärische Kontrolle der NATO bei gleichzeitiger Lateinamerikanisierung des früheren Ostblocks; uneingeschränkte Herrschaft über die Erdölressourcen vor allem des Nahen Ostens; die Unterwerfung Chinas und der anderen großen Staaten (Indien, Brasilien), um damit die Herausbildung verhandlungsstarker regionaler Blöcke zu unterminieren; und schließlich die weitere Marginalisierung jener Regionen des Südens, denen keine strategische Bedeutung zukommt.

Das wichtigste Instrument zur Aufrechterhaltung der US-Hegemonie ist daher die militärische Stärke – das beteuern gebetsmühlenartig alle maßgeblichen Vertreter der US-Administration. Darin eingeschlossen ist, daß die Verbündeten den Führungsanspruch der USA als Garantie für ihre Rolle als »Triaden«-Macht anerkennen sollen. Und bisher haben weder Großbritannien noch Deutschland oder Japan ernsthaft dagegen opponiert, was auch bedeutet, daß die Sonntagsreden europäischer Politiker von der weltpolitischen Bedeutung EU-Europas ohne reales Gewicht sind. Weil sich die EU-Protagonisten allein auf die merkantilistisch-ökonomische Seite kaprizieren, weil EU-Europa kein eigenständiges politisches Projekt verfolgt, hat es das Rennen bereits verloren, bevor dieses richtig begonnen hat. Und das weiß Washington sehr genau.

Von daher erklärt sich auch, warum die NATO überlebte, obgleich der Zweck ihrer Existenz mit der Implosion des Ostblocks entfallen ist. Heute maßt sich die NATO an, im Namen der »internationalen Gemeinschaft« zu sprechen, wobei sie gleichzeitig all jene demo-

»Die Mächte im Westen sind im Prinzip weder für (oder gegen) die Demokratie noch für (oder gegen) den Frieden. Sie bewegt ein dominierendes Anliegen, demzufolge sie sich entscheiden, und das besteht darin, die imperialistische Ordnung zu verewigen, die die Ausbeutung aller Reichtümer des Planeten zu ihrem ausschließlichen Nutzen und zum Schaden der anderen Völker sichert.«  
Samir Amin: Das Reich des Chaos. Der neue Vormarsch der Ersten Welt, Hamburg 1992, S. 107.

kratischen Prinzipien außer Kraft setzt, zu denen sich besagte Gemeinschaft im Rahmen der UNO verpflichtet hat. Die NATO dient heute allein den Zielen Washingtons – vom Golfkrieg bis zur Aggression im Kosovo.

Die »Triaden«-Mächte (unter der Führung der USA) beabsichtigen die Schaffung einer unipolaren Welt, die auf zwei Grundprinzipien beruht: der Alleinherrschaft der Transnationalen Konzerne und der unbestrittenen militärischen Überlegenheit der USA. Daneben wird kein alternatives Projekt geduldet – weder das einer selbständigen europäischen Militärorganisation noch die relative Autonomie eines Landes wie China, die es im Notfall gewaltsam zu brechen gilt.

Diesem Alleinherrschaftsanspruch muß das Projekt einer multipolaren Globalisierung entgegengestellt werden, das es als einziges den verschiedenen Weltregionen gestattet, sozialen Fortschritt zu erreichen, das deshalb eine tatsächliche Demokratisierung fördert und internationale Spannungen abbaut. Die hegemoniale Strategie der USA und ihrer NATO-Verbündeten ist heute der Hauptfeind für sozialen Fortschritt, Demokratie und Frieden.

Wird das 21. Jahrhundert deshalb ein US-amerikanisches sein oder wird es von der Zuspitzung zwischenstaatlicher Konflikte und sozialer Kämpfe geprägt werden?

Die Krise wird die Widersprüche zwischen den verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse verschärfen, was zweifellos internationale Konflikte anheizen wird. Schon heute zeichnet sich eine Konfrontation zwischen den USA, Japan und ihrem ängstlichen australischen Verbündeten einerseits sowie China und weiteren asiatischen Ländern andererseits ab. Auch eine Wiederbelebung des Konflikts zwischen den USA und Rußland ist nicht unwahrscheinlich. Mehr noch; wenn es der europäischen Linken gelingt, sich von der doppelten Unterwerfung unter das Kapital und Washington zu befreien, dann erscheint eine neue europäische Strategie möglich, die der von Rußland, China, Indien und der Dritten Welt überhaupt nahesteht und die eine Perspektive auf eine multipolare Welt eröffnet. Falls dies nicht gelingt, ist das europäische Projekt ohnehin zum Scheitern verurteilt.

Eine der wichtigsten Fragen ist daher, wie Konflikte und soziale Kämpfe (der Unterschied zwischen beiden ist wichtig) zukünftig ausgetragen werden. Wer wird triumphieren? Werden die Auseinandersetzungen durch (zwischenstaatliche) Konflikte unterdrückt und dadurch von den Herrschenden kanalisiert und zu ihrem Nutzen instrumentalisiert? Oder werden die sozialen Kämpfe die Herrschenden so bedrängen, daß sie Zugeständnisse machen müssen?

Sicherlich wird das 21. keine simple Wiederholung des 20. Jahrhunderts. Geschichte wiederholt sich nicht. Die heutigen Gesellschaften sehen sich auf allen Ebenen neuartigen Herausforderungen gegenüber. Aber gerade weil die immanenten Widersprüche des Kapitalismus am Ende des Jahrhunderts schärfer als an seinem Beginn sind und weil auch die zerstörerischen Kräfte heute weitaus größer sind als früher, steht für das 21. Jahrhundert mehr den je die Alternative »Sozialismus oder Barbarei«.

»Die Antwort auf die Krise würde ... gigantische politische Transformationen sowohl in den inneren Systemen aller Weltteile (Westen, Osten, Süden) als auch in der Organisation der Beziehungen zwischen ihnen (des zwischenstaatlichen Systems) erfordern.«  
Samir Amin: Das Reich des Chaos. Der neue Vormarsch der Ersten Welt, Hamburg 1992, S. 14.